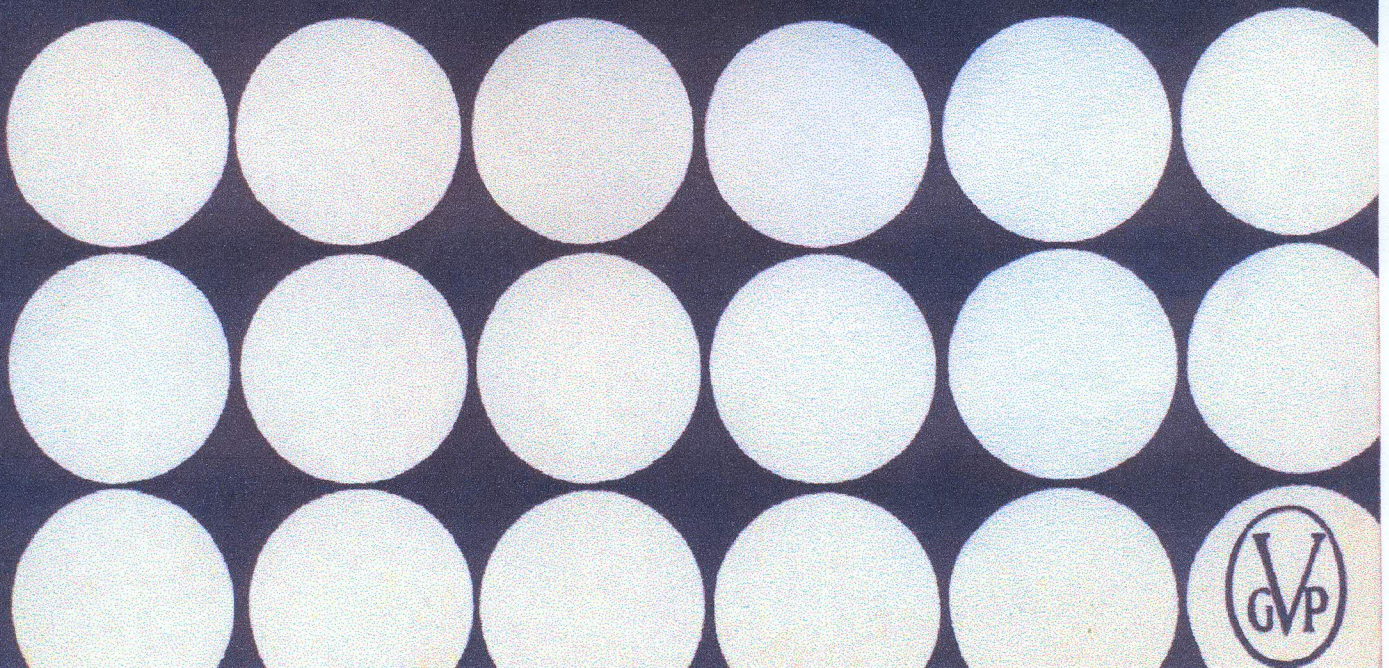


österreich ohne phrase 1

die unvollendete
republik

herausgegeben von erhard
busek + meinrad peterlik



REPUBLIK UND TRADITION

Überlegungen zu diesem Thema sollen vom Standpunkt des politisch Interessierten angestellt werden und keineswegs Ersatz für eine historische oder juristische Abhandlung sein.

An der Beurteilung der Ereignisse des Jahres 1918 scheiden sich in Österreich noch immer die politischen Geister. Die Charakteristika der politischen Parteien haben sich zwar in den letzten 50 Jahren geändert: Die Parteiprogramme trugen der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung, weltanschauliche Gegensätze entzündeten sich in der Politik heute an anderen Fragen als in der Ersten Republik, eine gewisse pragmatische Flexibilität löst den Dogmatismus der Programme ab. Die Klassifizierung politischer Gruppierungen ist nicht mehr so leicht möglich, und eine aus dem Kampf um die Entideologisierung resultierende Polarität innerhalb der großen Parteien hatte zur Folge, daß an den „Flügeln“ fast eine Übereinstimmung in der Motivation des politischen Handelns besteht. Eine gewisse Mobilität ist also in der österreichischen Politik zu bemerken. Nur die Anschauungen über die Geschehnisse von 1918 überdauerten unverändert alle Entwicklungen. Hier erweist sich — man ist versucht zu sagen, die spezifisch österreichische — Unfähigkeit zur Analyse vergangener Ereignisse im Bewußtsein der politischen Öffentlichkeit. Bei diesem Phänomen handelt es sich nicht um eine „Bewältigung“ der Vergangenheit, da moralische Aspekte wegfallen, die bei dieser Materie hinsichtlich der Zeit des Nationalsozialismus dominieren; es leben ja keine Schuldigen, die durch ihre heutige Reputation die Lösung des Problems so ungemein schwierig machen würden. Die Gleichzeitigkeit mehrerer voneinander abhängiger Ereignisse, nämlich das Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Ausrufung der Republik und die Wahl des Namens Deutsch-Österreich, kann doch nicht der Grund dafür sein, daß nur eine zumeist durch Ideologie verfälschte Wertung jeweils eines einzigen Aspektes möglich ist und nicht die vorurteilslose Interpretation der Tatsachen.

Trauma und Simplifizierung

Die Deutschnationalen, die sich jetzt gern „Freiheitliche“ nennen, und die Sozialisten begnügen sich mit Simplifizierungen, während viele der Österreicher, die keinem einheitlichen „Ismus“ verschworen sind und daher gern von ihren

politischen Gegnern kumulativ als Konservativ-Bürgerliche bezeichnet werden, in starrer Faszination vor der „Zäsur“ stehen, die das Jahr 1918 mit sich brachte, und die abenteuerlichsten Gedankenkonstruktionen anstellen, um Ereignisse, deren Bedeutung für die heutige Zeit sie weit überschätzen, in ein einheitliches Geschichtsbild einordnen und begreifen zu können.

Die Tatsache, daß sich der zum überwiegenden Teil deutschsprachige „Rest“ der Monarchie formal folgerichtig als Deutsch-Österreich bezeichnete, wird auch heute noch gern als spontan formulierte Standortbestimmung der Österreicher gewertet, deren politische Realisierung leider nicht ohne weiteres möglich sei. Diese deutschnationale Simplifizierung nimmt keinerlei Rücksicht darauf, daß der Name „Deutsch-Österreich“ auch eine Konsequenz des Auseinanderfallens der österreichisch-ungarischen Monarchie war (vgl. S. 104); keineswegs entsprach diese Formulierung einer unterdrückten Sehnsucht der „deutschen Österreicher“, die ja in wenigen Tagen das ganze Land hätte erfassen müssen.

Der hervorragende Anteil, den sozialistische Politiker an der Deklaration der Republik hatten, verleitet ihre politischen Nachfahren dazu, die Geschichte Österreichs mit 1918 beginnen zu lassen. Dazu kommt noch, daß viele Sozialisten das Österreich des vorigen Jahrhunderts mit Monarchie und beides mit den sozialen und gesellschaftlichen Verhältnissen der damaligen Zeit assoziieren. Die Simplifizierung liegt hierbei in der Verwechslung von Symptomen mit Ursachen und einer monokausalen Geschichtserklärung, die außer sozialen und ökonomischen keine anderen politischen Dimensionen begreift.

Auf der „Rechten“ herrscht das Trauma vor: Den wirklich Konservativen ist jede politische Änderung suspekt und wird lange Zeit später noch von ihnen nach ihrem „Unrechtsgehalt“ untersucht. Man findet sich mit ihr nur unter dem Zwang der Tatsachen ab, ohne sich mit dem Neuen identifizieren zu können: So geschieht es mit der Republik, zu der viele kein Naheverhältnis finden, weil sie ihnen in ihrem demokratischen Wesen suspekt bleibt. Die Lösung der Verbindung von Thron und Altar wird außerdem von manchen Katholiken als Unrechtsakt gegen das Haus Habsburg-Lothringen gedeutet. Von dieser Interpretation dürfte jenes Ansehen herrühren, das Dr. Otto Habsburg-Lothringen mancherorts genießt: ein Mann, dem von den bösen Republikanern so viel angetan wurde. Der einzige Grund für das von seinen Anhängern propagierte Unglück der „Landesverweisung“ ist aber nur seine politische Unglaubwürdigkeit.

Die totale Ablehnung durch den politischen Gegner bewirkt als Reaktion nicht nur die Verteidigung, sondern auch unkritische Rehabilitierung der „Monarchie“, insbesondere der franzisko-josephinischen Zeit. Das dürfte mitunter die Ursache für die Haltung jener Kreise sein, die heute noch gegen die Gefährdung der Monarchie durch die Verfilmung des „Radetzky-Marsches“ kämpfen. Der Verlust, nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des kulturellen Hinterlandes (ein oft gebrauchter Ausdruck, dem der Beigeschmack einer angemäßen Überlegenheit nur allzu deutlich anhaftet) beherrscht fast ausschließlich die Beurteilung der

Vergangenheit und führt zu Fragestellungen wie: Österreich — kulturelle Großmacht oder geistige Provinz?¹⁾ Die einzige Konsequenz aus dem Verlust der politischen Machtstellung scheint der geistige Niedergang zu sein. Die heutige kulturelle Situation wird an der Vergangenheit gemessen.

Schreckliche Eindrücke gehen von den Ereignissen des Jahres 1918 aus, die die Generation der heute Fünfzigjährigen auch nur vom Hörensagen und nicht aus eigenem bewußten Erleben kennen kann. Es ist eigenartig, daß diese Faszination so lange wirksam ist. Es muß sich hier um eine durch mehrere Generationen tradierte Haltung handeln, die der rationalen Klärung der damaligen Vorgänge im Wege steht. Sie gibt keine Erklärungsmöglichkeit für die Existenz Österreichs, sondern nur für sein Übrigbleiben. Das „alte“ und das „neue Österreich“ sind Widersprüche, da man das alte in sentimentaler Verklärung unter dem Aspekt seiner Kulturleistungen sieht, das heutige Österreich aber wegen vorhandener Mentalreservationen nur als geographischen Begriff fassen kann.

Kontinuum oder Zäsur?

„Das ist Österreich: Ein kleines Land, ein kleines Volk, ein kleiner Staat im Atomkern Europas. Eine Heimat, eine Heimstatt des europäischen zur Freiheit berufenen Menschen, ein Mutterland, das bereit und befähigt ist, die vielen und immer andersartigen Menschenkinder zu behüten.“ Diese „begeisternden“ Sätze stammen von Friedrich Heer²⁾, der viel dazu beigetragen hat, ein hymnisch-dichterisches Österreichbild zu entwerfen, das durch seine Gemäldehaftigkeit und Plastizität besticht und das seinem Ziel nach geradezu ein Programm für geistige Offenheit, Aufgeschlossenheit und Liberalität ist, das jedoch — es scheint fast vermessen zu sagen — letzten Endes geglaubt werden muß. Darin liegt die Schwäche des Unterfangens: Hält das Bild der Überprüfung mit den Tatsachen stand, stimmt es mit der Wirklichkeit überein, läßt es sich beweisen oder bleibt es unbeweisbar, wie Dichtung nun einmal unbeweisbar ist? „Es gibt keinen Staat, es gibt keinen Volksraum, es gibt kein Land in Europa, das dermaßen offen ist nach allen Seiten und Himmelsrichtungen hin. Offen für Freund und Feind, für all die bitteren Gäste, die im Laufe der Zeiten hereingelassen werden mußten in dieses Land . . . Es kann (aber) dieses Offensein als höchste Gnade begreifen, als Anruf zur Gabe und Hingabe, als Berufung, Mittler [man beachte die religiöse Wortwahl. Anm. d. Verf.] und redlicher Makler zu sein für die Völker, die in Europa wohnen. Österreichs hartes Schicksal im letzten halben Jahrtausend beruht auf der eindrucksvollen Tatsache, daß die führenden Staatsmänner und Eliten dieses Landes sich immer wieder für die zweite Möglichkeit entschieden haben: offen zu sein und also anzunehmen alle Stürme und Wetter der Geschichte.“ Ein schönes Bild, aber auch ein wahres? Die retrospektive Interpretation ist sicher faszinierend, doch bleibt es fraglich, ob im nachhinein einer Summe von Ereignissen

ein einheitlicher Sinn zugrunde gelegt werden darf, da es doch unwahrscheinlich ist, daß der Aspekt, die Herausforderung der Geschichte anzunehmen, die es zu dem jeweiligen Zeitpunkt doch noch nicht gab, Grund für die Entscheidungen der Staatsmänner gewesen ist.

Jedenfalls eine Vision eines vergangenen Österreich, dessen Kontinuität zu dem heutigen die eines Mythos zur Wirklichkeit ist. Das Offensein für die bitteren Gäste ist nichts anderes als eine romantische Überhöhung der Tatsachen, daß Österreich zu allen Zeiten entweder Kriegsschauplatz war oder in irgendeinen der zahlreichen Kriege in Europa verwickelt gewesen ist. Damit ist aber auch schon die Rückseite der Medaille angedeutet, die nicht ganz in das Konzept der Offenheit paßt: ein unerklärliches Phänomen, daß eines der kriegerischsten Völker Europas als Phäakenvolk verkannt wurde; eigenartiges Volk der Tänzer und Geiger, das, kaum aus dem mitverschuldeten Ersten Weltkrieg heimgekehrt, sich in paramilitärischen Formationen und Parteigarden formiert, um mit Holzprügeln Ideologien zu verteidigen und den Gegner mit bloßen Händen zu erwürgen, da es doch an Waffen mangelte.

Die österreichische Geschichte verlief auch nicht anders als die anderer Völker. Es wäre ungerecht, Heer vorzuwerfen, daß er das nicht wußte, aber die dichterische Interpretation der Geschichte ist mehr ein Plädoyer für einen aufgeschlossenen Patriotismus, der frei ist von Ignoranz und Überheblichkeit, als eine kritische Analyse der Wirklichkeit.

Für Heer lebt Österreich in einer geschichtlichen Kontinuität: „... Europa, das heute noch von Gibraltar, dessen Fels das Wappen Altösterreichs trägt, bis tief in den polnischen Osten und weit in den Balkan hinein, unauslöschliche Züge trägt, die geprägt werden durch österreichische Staatskunst und Baukunst, durch das österreichische Vermögen, Umgang zu pflegen mit Menschen und Mächten...“ Österreichs Menschen und Politik hinterließen also Spuren, die heute noch zu finden sind; doch was war dieses Österreich vor 1918? War das die k. u. k. Monarchie oder nur der deutschsprechende Teil derselben? Österreich — war das die Casa d’Austria, das Haus Habsburg? Waren das die kaiserlichen Erblände oder die im Reichstag vertretenen Königreiche und Länder? An der Schwierigkeit der Definition scheitert der Vergleich mit dem heutigen Österreich; den Begriff gibt es seit tausend Jahren, doch immer wird etwas anderes darunter verstanden, je nachdem, ob man ihn geographisch, politisch oder kulturell gebraucht. Österreich vor 1918 — das bleibt undefinierbar: für viele ein dunkles Bild des großen Reiches, eine sanfte Kolonialmacht, deren schönbrunnergelbe Bahnhöfe man noch auf dem Balkan findet.

Die Historiker haben keine Schwierigkeiten, die geschichtlichen Tatsachen zu eruieren, wohl aber etwas zu finden, was heute erst in seiner „endgültigen“ Form vorhanden ist: So bleibt das Österreich vor 1918 im Nebel der Illusionen, in der Verklärung des Wunschdenkens und bei alten Leuten auch in sentimentaler Erinnerung.

Die Schwierigkeit liegt darin, Österreich zu suchen als präformiertes Gebilde des heutigen, das erst 1918 endgültig definiert wurde, geographisch und politisch: Österreich, das ist der Rest. Das war die Minimaldefinition. Österreich wurde sozusagen geschichtlich definiert, mehr durch äußere Einflüsse, denn seine Bewohner hatten diesen Vorgang nicht gleich zur Kenntnis genommen, und manche können es auch heute noch nicht.

Diese Schwierigkeit, Österreich retrospektiv zu finden, umgeht Otto Schulmeister, der in seinem Buch³⁾ von der Zukunft Österreichs eine Beschreibung der Vergangenheit bietet, indem er konstatiert, daß es keine Kontinuität gäbe. Aus der Unmöglichkeit, sein Bild von Österreich vor 1918 mit seiner Analyse des heutigen zur Deckung zu bringen, kommt er zu diesem Schluß. „Wo soll etwa eine Vergleichsbasis zwischen dem barocken Österreich eines Karl VI. oder einer Maria Theresia mit dem Österreich der Zweiten Republik gefunden werden?“ Für ihn gibt es keine logisch faßbaren und beweisbaren Konsequenzen, die aus der Vergangenheit in die Gegenwart führen. „So empfiehlt es sich, die Vergangenheit zunächst eine Weile auf sich beruhen zu lassen, aus dieser Republik erst einmal überhaupt einen modernen Staat zu machen.“ 1918 ist eine Zäsur in der geschichtlichen Entwicklung, das heutige Österreich ist aus seiner Geschichte ausgetreten. „Für Österreich markiert dieser ‚Abschied von der Geschichte‘ jenen Bruch, den man im Alltag nicht ganz so wahrhaben möchte, weil er, bewußt gemacht, eine ungeheure geistige Herausforderung bedeutet. So tut man, als ob das Österreich der Monarchie und das Österreich der Republik ein Kontinuum wäre, eine Fiktion, deren man sich ja auch sonst bedient, wenn es gilt, sich größere geistige Unkosten zu ersparen.“ Was vorher war, ist Erinnerung, Vergangenheit, aber nicht mehr für den heutigen Staat, die heutige Zeit politisch relevant. Die „Generation der Söhne“ hat kein Erbe von den Großvätern zu übernehmen, sondern soll sich ihr Land inmitten einer westlich-europäischen Industrie- und Konsumgesellschaft so gut wie möglich gestalten, um „wieder in Kontinuität zu treten, zu dem was vorher war“. „Es muß der Bruch mit dem alten Österreich zur Kenntnis genommen werden, um ihn zu heilen und damit zugleich alle die wirren Geister und Ressentiments, die Wunschgedanken und Narrheiten zu verabschieden, die sich noch Jahrzehnte nach dem Untergang am helllichten Tage zeigen.“

Wenn es den Bruch mit dem alten Österreich wirklich gegeben hat, wie kann man ihn dann heilen? Die medizinische Ausdrucksweise scheint ein Symptom für das Trauma zu sein, das das Jahr 1918 bewirkte. Es ist jedenfalls die einfachste Lösung, Österreichs Abschied von der Geschichte zu konstatieren und dem Österreich in den Grenzen von 1918 (oder, um genauer zu sein, von 1919) zu empfehlen, erst einmal einen gut funktionierenden sogenannten modernen Staat zu machen, den man dann noch das Attribut „unrationeller Kleinstaat“ anhängt, um ihn leichter in einen gesichtslosen Verband von Industriegesellschaften integrieren zu können. Es ist schade, daß ein so engagierter Kritiker der Ko-

alition, wie Otto Schulmeister es war, kein Verhältnis zum heutigen Österreich finden kann; die daraus offenbar resultierende Staatsverdrossenheit verleitet zu einer billigen Lösung. Das scheint nämlich die ungleich größere geistige Herausforderung zu sein: nachzugehen den komplizierten Zusammenhängen zwischen „Monarchie“ und Republik und sie manifest zu machen, die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die sich bei historischen Vergleichen ergeben. Schulmeisters These führt in eine Sackgasse; sie hat keinerlei heuristischen Wert, weil sie ein bestimmtes Denkschema (altes und neues Österreich, dazwischen Bruch) zementiert.

Es gibt nur wenige Versuche, die Voraussetzungen für solche Vergleiche zu schaffen. Erika Weinzierl wies erst unlängst darauf hin⁴⁾, warum es zum Beispiel zu keinem eigenen Österreichbewußtsein im sogenannten alten Österreich kam: Die Verkörperung der Staatsidee durch den Monarchen und die bewußte politische Ausnützung dieser Ideologie im Kampf gegen den aufkommenden Nationalismus verhinderten eine Definition Österreichs. Das Ende der Monarchie war der auslösende Prozeß, der den Österreichern endlich ihre Rolle in Europa zwies, denn sie waren vorher nur in längst anachronistischer Weise für den Zusammenhalt eines Vielvölkerreiches verantwortlich⁵⁾, dessen Klammer nur mehr in der immer mehr verblassenden Autorität des Kaisers bestand. Erst dann konnte überhaupt der Definitionsprozeß einsetzen, der in bezug auf die Stellung Österreichs nach dem „trial-and-error“-Verfahren durchgeführt wurde. Zwischen Anschluß, „Zweitem deutschen Staat“ und Donaauraumromantik bewegten sich die Versuche, bis Österreich endlich nach dem Zweiten Weltkrieg als das begriffen werden konnte, was es heute ist.

Jedenfalls sind die Begriffe „Kontinuum“ und „Bruch“ Vereinfachungen, die etwas kompliziertere Zusammenhänge nicht adäquat beschreiben können.

Es scheint, daß diese Alternativen erst heutzutage hochgespielt werden, da der zeitliche Abstand zu den Ereignissen erst Voraussetzung für deren theoretische Deutung und Umdeutung ist. Die unmittelbar Beteiligten hatten eine andere Einstellung zu den Vorgängen. Es bedeutet keine Identifikation mit der Politik Ignaz Seipels, wenn man ihn in dieser Hinsicht zum Zeugen wählt, doch dürfte es reizvoll sein zu erfahren, wie der Mann, der sowohl Minister der letzten kaiserlichen Regierung im Kabinett Lammasch als auch Bundeskanzler der Ersten Republik gewesen ist, diese „Diskrepanz“ erlebte. Er kämpfte nach eigenen Aussagen⁶⁾ bis zum Letzten für den Fortbestand des Vielvölkerstaates, doch als es diesen nicht mehr gab, wurde er auch Bundeskanzler der Republik: Es blieben also nach dem Scheitern seiner Bemühungen keine Spuren von Ressentiments, er weinte dem Monarchiesystem keine Träne nach; davon zeugen einige Passagen aus seiner ersten Regierungserklärung: „Vor allem aber lernte ich täglich, daß es das Verkehrteste wäre, nicht jetzt auf diesem Boden und unter den gegebenen staatsrechtlichen Verhältnissen alle Kräfte zur Rettung zusammenzuraffen, sondern von einer äußerlichen Veränderung, von einer Rückkehr zur Monarchie, die doch auch der allgemeinen Not kein Ende machte, das Glück zu erwarten. Mein

Bekenntnis zur Republik hat daher den Sinn eines Bekenntnisses zur Arbeit für das Volk in der Republik. Ich glaube aber, nicht darauf kommt es an, wer bei einem Hoch auf die Republik lauter schreit, sondern wer in der Republik mehr arbeitet.“ Er empfand die Einführung der Republik als Fortschritt in Richtung Demokratisierung; in einer Predigt zum Staatsfeiertag am 12. November 1925 führt er aus: „Vor sieben Jahren hat der heutige Tag eine besondere Bedeutung für Österreich gewonnen! Für die einen eine schmerzliche, für die anderen eine freudige, für alle aber — und daß es nur alle einsehen möchten! — die, daß von diesem Tage an eine viel größere Verantwortung auf allen Bürgern unseres Staates lastet. Früher war es anders. Da konnten die meisten die Sorge für die Angelegenheiten der Allgemeinheit einigen wenigen überlassen. Seit jenem Wendepunkt in unserer Geschichte ist es nicht mehr so. Die Republik, die Demokratie bedeuten für die Bürger nicht nur Rechte, sondern diese Rechte müssen ihre Unterlagen in den Pflichten haben.“

Für Seipel blieb „Deutsch-Österreich“ eine Konsequenz aus den Anordnungen des kaiserlichen Manifestes vom 16. Oktober 1918, das die den verschiedenen Völkern angehörenden Reichsratsabgeordneten aufforderte, Nationalräte zu bilden. „Wie die andern folgten auch die Deutschen Österreichs dieser Aufforderung, sie konstituierten am 21. Oktober Deutsch-Österreich, wobei schon die Ungewißheit, ob dieses im Rahmen eines großen Österreich bleiben, sich dem Deutschen Reich anschließen oder ein selbständiger, mit keinem anderen föderierter Staat werden sollte, zum Ausdruck kam.“ Seipel weist darauf hin, daß sich die österreichische Regierung nie der Reichsregierung unterstellte und auch keine Abgeordnete in den deutschen Reichstag entsandte. Österreich folgte auch ohne Zögern dem Ruf der Alliierten zu selbständigen Friedensverhandlungen im Mai 1919. Seipel wandte sich auch gegen die in verschiedenen Bundesländern abgehaltenen Abstimmungen für den Anschluß an Deutschland und erklärte sie für sinnlos.

Den Zusammenhang des neuen Staates mit dem alten Reich sah er vor allem darin, daß sich in ihm die eigenständige Entwicklung und Geschichte Österreichs vollzog; darin fand er — bei aller Ablehnung des westlichen Nationsbegriffes und seinem Eintreten für die deutsche Kulturnation — auch die Berechtigung Österreichs, einen eigenen Staat zu bilden, da er als scharfer Analytiker erkannte, daß gemeinsame Sprache und kulturelle Verbundenheit nicht als logische Konsequenz einen gemeinsamen Staat erfordern. Schon Seipel wies darauf hin, daß es die primäre Aufgabe Österreichs sei, zum europäischen Frieden beizutragen. Er dürfte einer der ersten gewesen sein, die diese neue Funktion erkannten. Kein „Abschied von der Geschichte“, sondern ein rasches Umstellen und Eingehen auf die neuen Verhältnisse kennzeichnen diese pragmatische Einstellung. Die heutige Ansicht über Österreichs Neutralität als stabilisierenden Faktor in Mitteleuropa ist nur die logische Weiterentwicklung der damals formulierten Politik eines kleinen Staates in Europa.

wir genauso mit Tschechen, Ungarn und Polen eine gemeinsame Geschichte hätten, Und wenn man es überspitzt formulieren wollte, dann haben wir ja auch mit den Türken eine jahrhundertelange gemeinsame Geschichte.

Teilnahme an gemeinsamer Geschichte und Kultur wird in ihrem Ausmaß und vor allem in ihrem Effekt immer umstritten bleiben. Außerdem liegen einem Bekenntnis (!) zu einem bestimmten Volkstum doch nur moralisch fragwürdige Wertvorstellungen zugrunde, die zum Zeitpunkt der Entideologisierung der Politik etwas anachronistisch geworden sind. Das Problem des Deutschums Österreichs ist heute zu einem Scheinproblem geworden und die Auseinandersetzung darüber, wie deutsch Österreich sei, zu einer Diskussion ohne reale Grundlagen. Man kann noch viele Jahre den Kurmainzer Philipp Wilhelm von Hörnigk („Österreich über alles — wann es nur will“) gegen den Österreicher Hans Jakob Wagner von Wagenfels („Ehren-Ruff Teutschlands, der Teutschen und ihres Reiches“) ausspielen, ohne daß die Diskussion neue Aspekte gewänne.

Nation ohne Nationalismus

In diese Auseinandersetzung gerät immer wieder der Begriff der „österreichischen Nation“. Die Zugehörigkeit zur deutschen oder österreichischen Nation wird ergebnislos diskutiert. Die Lösung ergäbe sich leicht, wenn man einsähe, daß der Begriff „österreichische Nation“ keine antideutschen Affekte beinhaltet, sondern Ausdruck für die Eigenständigkeit und politische Unabhängigkeit Österreichs ist, die nicht nur gegenüber Deutschland, sondern auch gegen die Versuchung einer romantischen Donaupraumpolitik verteidigt werden muß.

Schulmeister meint, daß ein solcher Begriff dem Wesen Österreichs widerspräche; er argumentiert dabei mit einer Österreichvorstellung, die einer Zeit und einem Staat zugehört, zu denen es nach seinen eigenen Aussagen keine Kontinuität gibt. Um seine politischen Gegner zu widerlegen, scheut er nicht davor zurück, seine eigene Österreich-Klitterung ad absurdum zu führen. Oder sollten doch noch reelle Zusammenhänge den Bruch überdauert haben und nicht nur die Gespenster, die sich am hellichten Tage zeigen? Vielleicht gehört dazu die Geringschätzung des Nationalismus als Wertvorstellung, die sich auch darin manifestiert, daß ausgerechnet an jedem Nationalfeiertag Franz Theodor Csokors Drama „3. November 1918“ im Burgtheater aufgeführt wird: eine Absage an den verbohrten und heutzutage leicht idiotischen Nationalismus, der sich im Österreich der Zweiten Republik nur als Deutschnationalismus erhalten hat.

Spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem ein definiertes Staatswesen vorliegt, sollte man ihm seinen nationalen Charakter zusprechen dürfen. Das ist auch eine politische Notwendigkeit. Die Südtiroler haben zum Beispiel nichts davon, die Zugehörigkeit zu einer „geistigen Form“ zu besitzen, wie Schulmeister Österreich definiert¹⁾. Das Unheil ist bekannt, das von dem von den Italienern vorge-

brachten Argument ausgeht, in Südtirol sei der Pangermanismus wirksam. Dem wäre sofort der Boden entzogen, wenn in Politik und Sprachregelung einmal klar herausgestellt würde, daß es sich hier nicht um unsere „deutschsprachigen Brüder“ (die Ladiner werden bei solchen Gelegenheiten vergessen), sondern um eine österreichische Minderheit in Italien handelt. Dieser auch in dem von Gruber und De Gasperi ausgehandelten Vertrag enthaltene Begriff ist die einzige politische Legitimation für eine österreichische Südtirolpolitik, da es sich sonst doch nur um eine inneritalienische Angelegenheit handeln würde.

Das Jahr 1918 wird zum Angelpunkt der Auseinandersetzungen um die Nation: Die Österreicher haben nie, wie zum Beispiel die Franzosen, jahrhundertlang in einem mit geringen Abweichungen unveränderten Staatsgebiet gelebt oder wie die Italiener sich ihre Unabhängigkeit und nationale Einheit schrittweise erringen müssen. Die vollkommen andersartige Entstehung des heutigen Österreich läßt uns in diese etwas anachronistische Diskussion eintreten, die nur deswegen so mühsam am Leben gehalten wird, weil sie eine Möglichkeit für öffentliche Reminiszenzen ist, die nicht vom „Verbotsgesetz“ tangiert wird.

Abschluß vor der Vergangenheit

Auch das sozialistische Klischee entstand aus einem Streit, der heute nicht mehr aktuell ist, nämlich um die sozialen Zustände im vorigen Jahrhundert. In gut sozialistischer Geschichtsauffassung liest sich das etwa so, wenn das alte Wien geschildert wird⁸⁾: „...Das Wien, in der Operette als bunt und prächtig besungen, war grau und voller Elend . . . Die Kinder starben an Mangelkrankheiten, die Hinterhöfe waren dunkel und voller Ratten . . . Und das waren die Wiener Typen: Die buckelnden Lakaien, die dickbäuchigen Offiziere mit den verdrückten Hosen, die Beamten mit den gekrümmten Rücken und einem ewigen Husten. Die Marktweiber und die Zuhälter. Und die Adeligen, die in Niederösterreich ihre Schlösser und Landsitze hatten, um der Residenz nahe zu sein. Den Armen gaben sie gelegentlich milde Gaben.“ Eine Korrektur dieser sicher aus einem begrüßenswerten sozialen Impetus entstandenen Verzerrung hatte schon vor Jahren Günther Nenning in seinem Buch „Anschluß an die Zukunft“⁹⁾ versucht: „Zu Zeiten der Monarchie war Österreich kein Reich des Teufels. Ein peinvoll allmählicher Prozeß der Demokratisierung war seit den sechziger Jahren in Gang gekommen. Nicht bloß die Anfänge des industriellen Aufschwunges, auch die Anfänge der österreichischen Sozialgesetzgebung fallen immerhin in diese Epoche . . . Erst recht fehlt jede Grundlage für die Bevorzugung der demokratischen Republik . . ., wenn von der endgültigen Entfaltung des Sozialismus die Rede sein soll.“ Leider muß man feststellen, daß dieser Appell, die Dinge leidenschaftslos zu betrachten, in der „linken Reichshälfte“ ungehört verhallt ist. Der Streit, ob die sozialen Zustände vielleicht nicht ganz so schlecht oder noch

schlechter waren, kann beliebig lang fortgesetzt werden, Argumente und Gegenargumente können immer wieder ausgespielt werden, und trotzdem wird die Glorifizierung der guten alten Zeit durch die einen die anderen nicht von der Verteufelung derselben Epoche abbringen. Der Auseinandersetzung um Österreich werden dadurch aber keine neuen Perspektiven eröffnet, und es ist auch unwahrscheinlich, daß diese „Methode“ zu neuen Erkenntnissen führen könnte. Die Diskussion ist schon sinnlos geworden. Die totale Ablehnung und das Identifizieren mit einem bestimmten System verhindern jede kritische Analyse. Diese Haltungen stammen noch aus der Blütezeit des Lagerdenkens und der Gefolgschaftsmentalität, die aus der Ersten Republik herübergerettet wurden und auch jetzt noch in der Zweiten virulent sind.

Für die Einschätzung der Vergangenheit, aber auch für die politische Zukunft Österreichs wird es von Bedeutung sein, ob es Gruppierungen gibt, denen eine totale Identifizierung mit einem der herrschenden Systeme widerstrebt: mit der Monarchie, weil sie Republikaner sind und sich aus Überzeugung zur demokratischen Republik bekennen; mit dem Ständestaat, weil sie jegliches autoritäre Regime ablehnen, aber auch mit der Politik der demokratischen Parteien der Ersten Republik, weil ihnen deren Motivation fremd geworden ist, und mit der Koalition der Zweiten Republik, weil sie der Glorifizierung durch jene nicht beitreten können, die dieses System für das beste aller möglichen halten und es über seinen Tod hinaus beibehalten wollen, sondern nur meinen, daß mit seiner Hilfe die anfallenden Probleme recht gut gelöst werden konnten. Nur das Vermeiden jeglicher Identifikation mit vergangenen politischen Formen ermöglicht die für den politischen Fortschritt unerläßliche geistige Mobilität. Die Konsequenz einer solchen Einstellung ist aber nicht die bedingungslose Ablehnung des Gewesenen, sondern nur eine leidenschaftslose und nicht-ideologische Betrachtung der Vergangenheit und der Geschichte.

Paradoxerweise treffen einander die Geschichtsvorstellungen derer, die die Kontinuität der Republik mit dem „alten Österreich“ leugnen, und die vieler Sozialisten: Beide Gruppen lassen Österreich erst im Jahre 1918 beginnen; nur die Wirtschafts- und Sozialvorstellungen unterscheiden sich: Während die einen mit Schulmeister die EWG als Ziel sehen, in dem Österreich aufgehen soll, kämpfen die anderen gegen den „kapitalistischen Bürgerblock“, und das Problem der politischen Zukunft Österreichs wird verzerrt im Streit von Wirtschafts-ideologie und Sozialutopismus.

Tradition und Traditionen

1918 ist für die heutige jüngere Generation fast schon ein ebenso historisches Datum wie 1526, da die Habsburger von Österreich aus den Staatenbund mit Ungarn und Böhmen schufen, der dann erst fast 400 Jahre später in seine Bestandteile zerfiel. Österreich ist also in seiner Genese ebenso ein Nachfolgestaat

der k. u. k. Monarchie wie alle anderen, keinesfalls aber bedauernswerter Rest und anachronistisches Denkmal des Zerfalles. Die Wahl des tausendjährigen Namens für die Republik beweist, daß dieser Staat keine künstliche Neugründung war, sondern bewußt die Verbindung mit seiner Vergangenheit hergestellt wurde. Keinesfalls ist die gleichzeitig mit dem Auseinanderfallen der Doppelmonarchie erfolgte Ausrufung der Republik der Vollzug eines bewußten Bruches mit der Vergangenheit, sondern einerseits nur eine Konsequenz aus dem Funktionsloswerden des monarchischen Prinzips durch die Auflösung des Staatenverbandes, dessen letzte Klammer es war, andererseits ein längst fälliger Schritt zur Demokratisierung des Landes. Am Beginn des 20. Jahrhunderts reichte das Gottesgnadentum als Legitimierung einer der Feudalzeit entlehnten Herrschaftsform über ein kleines Land nicht aus; wobei noch zu bemerken wäre, daß es sich hierbei wohl um den wirksamsten Bluff der Geschichte gehandelt hat. Für die heutige Generation gehört auch die Erste Republik schon zur „Tradition“, das Jahr 1918 hat für sie seine Schreckhaftigkeit verloren, wenn auch die Bedeutung der Ereignisse für die folgende Zeit nicht geleugnet werden soll. Niemand nimmt Abschied von der Geschichte, nur weil ihm die jüngere Vergangenheit näher ist als die Zeit vor 50 Jahren; die Erste Republik ist eben anregender und interessanter in ihren Problemen als die franzisko-josephinische Zeit, die bald in ebenso weite Ferne rücken wird wie die maria-theresianische oder die Zeit der Babenberger.

Die Schwierigkeiten gedanklicher Art, die sich aus der Akzidenz, aber auch der Interdependenz der Ereignisse ergeben, sind noch lange kein Grund, historische Verbindungen zu leugnen, die aber keinesfalls eine Identifikation mit dem monarchischen System voraussetzen. Für das Wesen dieses Landes ist die Frage nach dem Volkstum seiner Bewohner irrelevant geworden, da dieser nur mehr älteren Leuten geläufige Begriff mit keinem konkreten Inhalt erfüllt werden kann. So wie jedes andere Staatsvolk können auch die Österreicher für sich in Anspruch nehmen, Nation zu sein. Nicht ein Bekenntnis dazu ist gefordert, wie man es oft in übertriebener Weise verlangt, sondern nur das Bewußtmachen von Tatsachen in der öffentlichen politischen Meinung durch Reflexion und Analyse verschiedener in der Diskussion verwendeter Begriffe.

Zu diesen gehört auch die „Tradition“. „Das Land hat Traditionen, aber keine Tradition.“⁹⁾ In dem Aphorismus Günther Nennings könnte man etwas Bedauern mitschwingen hören, daß es sich so verhält. Wir sollten jedoch froh sein, denn „die Tradition“ hielte einer kritischen Untersuchung doch nicht stand. Frankreichs „gloire“ wird heute belächelt, und die vielzitierte „europäische Aufgabe“ Österreichs ist keine Tradition, sondern eine Folge des staatlichen Pluralismus in Europa, der sich kein Volk entziehen kann und an der es schon allein durch seine Existenz mitwirkt. Das Gefährliche einer „Tradition“ liegt darin, daß man versucht, politische Modellvorstellungen und Patentlösungen aus ihr abzuleiten und dadurch in einem hoffnungslosen Immobilismus erstarren.

Viele Leute glauben, die „Brückenfunktion“ Österreichs mit einer aus der Monarchie herüberreichenden Tradition begründen zu können und begehen dabei doch die gedankliche Unehrllichkeit, eine vermittelnde Rolle in der Auseinandersetzung der westlichen Demokratie mit den Diktaturen des Kommunismus mit Hilfe einer angeblichen Erfahrung im Umgang mit slawischen Völkern bewerkstelligen zu wollen, die aus unserem jahrhundertelangen Zusammenleben mit diesen Nationen kommen soll. Abgesehen davon, daß bei dieser Diskussion niemand nach dem alten Kaiser fragt, beherrschen wenige Österreicher eine slawische Sprache. (Daß Funktionäre und Wissenschaftler der sogenannten Oststaaten meistens exzellent deutsch sprechen, dürfte ein Traditionsphänomen mit umgekehrtem Vorzeichen sein.) Man muß sich von der Vorstellung befreien, daß der Kommunismus die Strafe dafür ist, daß Tschechen, Ungarn, Slowenen und Kroaten nicht mehr in der k. u. k. Monarchie beisammen sein wollten und daher alle, bis auf Österreich, dem Kommunismus zum Opfer gefallen sind. Das Akzidentielle der Ereignisse gibt auch hier zu einer spekulativen Geschichtsbetrachtung Anlaß, die nach Kausalzusammenhängen sucht, die letztlich nicht bewiesen werden können. Österreich kann eine Brückenfunktion nur dann erfüllen, wenn wir intellektuell glaubhaft machen können, daß manche Dogmen und Positionen auf beiden Seiten überholt sind, und politisch glaubhaft machen können, daß wir als Neutrale nicht ein trojanisches Pferdchen eines der beiden Lager sind.

Ein ähnliches Phänomen wie bei der „Brückenfunktion“ ist im Zusammenhang mit der österreichischen Neutralität zu beobachten: Das rasche und relativ reibungslose Akzeptieren dieser neuen politischen Funktion Österreichs könnte zu der Vermutung Anlaß geben, daß uns diese Rolle aus traditionellen Gründen gelegen sei. Doch dazu ist festzustellen, daß Österreich nie neutral gewesen ist, oder zumindest, daß die aus freien Stücken deklarierte Neutralität für uns etwas vollkommen Neues ist: Stephan Verosta hat ja nachgewiesen, daß dem Österreich der Ersten Republik durch die Friedensverträge von St. Germain eine „Quasi-neutralität“ auferlegt wurde¹⁰). Eine oberflächliche Neutralitätsinterpretation mag vielleicht unserem Nationalcharakter entsprechen, der uns zugeschrieben wird und dessen Inhalt („Leben und leben lassen“) wir selbstgefällig zu akzeptieren vorgegeben haben, aber nicht einer politischen Tradition.

Das Fehlen der „großen Tradition“ hat aber nicht eine ahistorische Existenz zur Folge, wenn es auch schwer ist, sich zu einer Geschichte zu bekennen und auf eine Geschichte stolz zu sein, die doch nur aus den Taten anderer besteht. Was aber bleibt von der Geschichte, wenn sentimentaler Patriotismus wegfällt? Ist sie nur Summation der Ereignisse? Nein: Die Geschichte, als Vergangenheit begriffen, ist die einzige Quelle der Inspiration. Die Zukunft läßt sich dafür nicht verwenden, da sie doch nur weitgehend spekulativ prognostiziert werden kann. Tradition kann also als Inspiration für die Gestaltung der momentanen Wirklichkeit verstanden werden. Zu diesem Zwecke kann die von Heer als österreichische

Tradition postulierte Offenheit spirituelle Grundlage sein, wenn man sich jedoch immer bewußt wird, daß deren Gegenteil in Österreich eine ebenso lange Tradition hat.

Tradition kann aber auch beschrieben werden als eine Sammlung von überkommenen Problemen, die heute noch politisch relevant sind. Daher muß Traditionsbewußtsein nicht Konservatives oder Reaktionäres sein, sondern nur etwas Retrospektives. Die Überwindung der Tradition aus ihrer Kenntnis führt zur Änderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ist damit ein gestaltender Faktor für die Zukunft unseres Landes. Diese Auffassung steht allerdings im Gegensatz zum Stagnation bewirkenden unreflektierten Traditionsbewußtsein, das höchstens einen Aufputz für Feierlichkeiten darstellt; es umfaßt ohnehin nur zwei Bereiche: die Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ gegen die Türken und das Zusammenleben in einem Vielvölkerstaat samt den daraus resultierenden kulturellen und kulinarischen Einflüssen auf unsere Zeit.

Die ungelösten Probleme der Vergangenheit sind unsere einzige Tradition, sie beweisen und gewährleisten jedenfalls die Kontinuität durch die „Zäsuren“.

Neben den Minimalanforderungen für eine Demokratie, dem Bestehen von Parteien und der Abhaltung von Wahlen, finden wir in allen Bereichen des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens Reste undemokratischer und autoritärer Strukturen, die bestimmt zu jener Art von Tradition gehören. Der Aufbau von Hochschulen und Universitäten mag dazu ein krasses Beispiel sein. Hier ist es durch Jahrzehnte gelungen, hinter dem Aushängeschild der Wissenschaft und der Autonomie zutiefst absolutistische Funktionsprinzipien aufrechtzuerhalten. Da die Verantwortung für die Durchsetzung eines wissenschaftlichen Leistungsprinzips von der Öffentlichkeit nie eingefordert wurde, entstand ein System, das niemals die Initiative zur Reform seiner selbst aufbringen wird, da dadurch zu viele Machtpositionen aufgegeben werden müßten. Daß es soweit kommen konnte, ist eine Folge davon, daß Demokratie immer nur für eine Spielregelsammlung gehalten wurde und keine Lebensform darstellt. Es ist nicht verwunderlich, daß der Begriff in der Öffentlichkeit unreflektiert blieb und nach Belieben verwendet werden kann. Das Verwechseln von Demokratie und Parlamentarismus im Zusammenhang mit allen kritischen Situationen im Nationalrat ist ein Symptom dafür; und wenn der ehemalige Außenminister Kreisky einige ungelene Bemerkungen zum Funktionieren der Demokratie in England und in der Schweiz macht, kann er sich schon öffentlich brüsten, daß nur die Sozialisten die Diskussion über die Demokratie führen.

Der durch nichts auszurottende Antisemitismus, der heute schon durch seine mörderische Konsequenz ein „Antisemitismus ohne Juden“ ist, wie irgend jemand einmal formuliert hat, hat seine Wurzeln tief im „alten Österreich“ und wird seit Jahrzehnten von Generation zu Generation „tradiert“. Die plötzlich auftretende Sympathie, die den Israelis im Sommer 1967 entgegengebracht wurde, kann über diese Tatsachen nicht hinwegtäuschen. Sie ist nur eine Folge davon, daß sich die

Xenophobie der Österreicher auch auf die Araber übertragen hat — besonders seit viele von ihnen in Österreich studieren. Das altösterreichische Schimpfwort „Tschusch“, das heute ihnen gilt, ist der Beweis dafür, daß diese bornierte Einstellung noch aus jenen Zeiten stammt, die sonst zum Beweis für die Fähigkeit der Österreicher herangezogen werden, mit anderen Völkern auszukommen.

Der fälschlich als Barockkatholizismus bezeichnete katholische Konservatismus fürchtet sich heute noch vor Joseph II. und der Aufklärung und hat seine Verteidigungsstellungen gegen alles Rationale und Intellektuelle noch immer nicht verlassen. Das Pastoralrundsreiben 1966 der österreichischen Bischöfe, die beim Zweiten Vatikanischen Konzil zu den fortschrittlichen gezählt wurden, glaubt es sich noch leisten zu können, auf folgende Art gegen die Wissenschaft zu polemisieren: „Die Älteren unter uns haben die sogenannte klassische Physik gelernt. Jetzt lernt man eine andere, die hauptsächlich auf der Relativitätstheorie und dem Planckschen Wirkungsquantum aufbaut. In der Geisteswissenschaft hat Freud die Psychoanalyse begründet, nach ihm kam Adler mit der Individualpsychologie; hierauf C. G. Jung mit der komplexen Psychologie. Eine Lehre löst die andere ab . . . wissenschaftliche Lehrmeinungen werden demnach durch neue Forschungen bestritten, zum Teil relativiert. So aber kann die Wissenschaft in ihren veränderlichen und überholbaren Ergebnissen nicht die letzte Norm sein.“¹¹⁾ Die Wissenschaft ist anscheinend nur eine Sammlung widersprechender Ergebnisse; als Möglichkeit der Wahrheitsfindung ist sie den österreichischen Bischöfen noch nicht bekannt geworden. Sie verlassen sich auf das kirchliche Lehramt, denn „damit kommen die Fragen zu ihrem Ende“¹¹⁾. Vielleicht nicht nur die Fragen . . .

Die Gesellschaft unseres Landes zeigt keinerlei Züge von Liberalität. Toleranz wird meistens nur so verstanden, daß man den Kontrahenten nicht umbringt; sonst sind alle Mittel erlaubt: Diffamierung und Intrige, besonders, wenn es darum geht, die „Geschlossenheit“ irgendwelcher Lager, sei es bürgerlicher, katholischer oder sozialistischer, zu erhalten. Doch sind die Progressisten mit der Verdächtigung anderer als Konservative, Reaktionäre und Autoritäre auch sehr schnell zur Stelle. Die Verteufelung all derer, die nicht dieselbe Dialogbesessenheit aufbringen, gibt der Gedankenfreiheit ebensowenig Raum wie die geistige Unbeweglichkeit der Konservativen. Die Forderung des Marquis Posa ist in Österreich vielleicht nur in kleinen privaten Kreisen, nicht aber in der Öffentlichkeit des gesellschaftlichen Lebens erfüllt, sodaß es manchmal den Anschein hat, die mangelnde Liberalität sei unsere einzige historische Tradition . . .

Die Herausforderung

Die Überwindung dieser Tradition ist eine Herausforderung, die an uns gestellt ist und die großzügige Gestaltungsmöglichkeiten für das gesellschaftliche Leben der Zukunft in sich birgt. Aber wird sie primär durch die vollständige

Integration in die westeuropäische Industriegesellschaft bewirkt, zu der viele raten? Wo liegt die Herausforderung Österreichs: In der Idee oder im Geschäft? Was hat denn dieses Land so träge gemacht und alles erstickt, wenn nicht der wirtschaftliche Erfolg der letzten Jahre? Wirtschafts- und Sozialpolitik haben den Primat bei allen politischen Entscheidungen gehabt. Die sogenannte Wirtschaftlichkeit wurde zum einzigen Wertmaßstab der Politik. Kann Österreich nur dadurch zu einem modernen Staat gemacht werden, indem es an der Dynamik der EWG teilnimmt? Nicht die wirtschaftliche Stagnation, die man vielleicht auch mit einem Anschluß an die EWG überwinden könnte, ist der Grund des Unbehagens, sondern die Gefahr einer weiteren geistigen Rezession.

Die österreichische Wissenschaft ist drauf und dran, ihre großartige Tradition zu verschlampen, nicht, weil sie zuwenig Geld hat, sondern weil sie zuwenig Ideen hat, was sie mit dem zur Verfügung stehenden Geld anfangen könnte. Die Umstellung auf die Problematik einer modernen Grundlagenforschung will und will in vielen Bereichen nicht gelingen. Die Wissenschaftler, die kampflos ins Ausland abwandern, kapitulieren jedoch vor Schwierigkeiten, die nicht unüberwindbar wären, wobei noch zu bemerken wäre, daß — entgegen einer landläufigen Meinung — es nicht immer die Besten sind, die auswandern, und nicht immer die Dümmeren, die dableiben.

Die Herausforderung heißt heute, ein Establishment von Mediokrität und Doktrinarismus zu beseitigen, das sich in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens breitgemacht hat, die Ideenlosigkeit durch neue Ideen zu überwinden. Das gelingt natürlich nicht durch nationale Abkapselung, sondern nur in Kontakt und Dialog mit allen geistigen Strömungen unserer Zeit, in Kenntnis ausländischer Lösungsversuche und nicht durch einseitige westeuropäische Orientierung. Das ist — außer im Bereich der Wirtschaft — nicht mit wirtschaftspolitischen Initiativen möglich. Wer trotzdem darin sein Heil sucht, huldigt einem Wirtschaftsmessianismus, der genauso eine Vereinfachung wie jede andere Ideologie ist, die vorgibt, Lösungen für alle Probleme des menschlichen Lebens bieten zu können. Es gibt aber Bereiche, die ihrer Eigengesetzlichkeit unterworfen sind und nicht wirtschaftlichen Postulaten untergeordnet werden dürfen, hinter deren vorgetäuschter Wertneutralität, die oft als „Sachlichkeit“ bezeichnet wird, kein Platz für die geistige Freiheit des Menschen ist.

Kleinstaat ohne Ideen?

Eine der Interpretationen der Devise Friedrichs III. „AEIOU“ ist Wahlspruch eines lebenswürdigen und romantischen Patriotismus geworden, der im Vertrauen auf die Leistungen der Vorfahren, die magisch in die Zukunft wirken sollen, dieser Prophezeiung glaubt: Austria erit in orbe ultima. Doch ohne eigenes

Zutun wird dies reiner Zweckoptimismus bleiben. Das Jahr 1918 und das langanhaltende politische Trauma wirkten sich auch hier verhängnisvoll aus, zumal die „Rechte“, die dies besonders arg verspürte, immer die Regierungsverantwortlichkeit zu tragen hatte. Der Mythos vom Kleinstaat entstand, die Legende der Hilflosigkeit und der untergeordneten Rolle; die Quadratkilometer wurden summiert, und die Bilanz war auch schon negativ. Friedrich Heer war einer der wenigen, die gegen diesen Mythos vom Kleinstaat protestierten. Zehn Jahre später interpretiert Schulmeister das Anliegen Heers absichtlich (?) falsch³), nur um die Republik endgültig zu einem „unrationellen Kleinstaat“ deklarieren zu können.

Die österreichische Außenpolitik der ersten zehn Jahre der Zweiten Republik mußte sich auf die Erlangung des Staatsvertrages beschränken. Aber nach Erreichung dieses Zieles — das ein Beispiel dafür war, daß auch Kleinstaaten unter Ausnützung günstiger politischer Umstände den Status quo in Europa ändern können — und der Erklärung der immerwährenden Neutralität, war Außenpolitik in Österreich nicht mehr gefragt. Die Rolle der geistigen Selbstbeschränkung auf die sogenannte Kleinstaatfunktion brachte es mit sich, daß keine Ideen zur Lösung europäischer Probleme entwickelt wurden; die großen europäischen Fragen wie die Teilung Deutschlands blieben in Österreich ohne größere Resonanz. Man hat zwar kurze Zeit erwogen, den Deutschen ebenfalls den österreichischen Weg der Neutralität zu empfehlen, kam aber rasch von dem Gedanken ab, als man die Undurchführbarkeit des Planes erkannte; man ließ sich aber auch nichts mehr Neues einfallen. Der Rapacki-Plan stieß in der österreichischen Öffentlichkeit auf kein besonderes Interesse, möglicherweise auch, weil man zur Zeit seiner Propagierung noch geistig zu sehr an die Politik des Westens fixiert war, was zur Folge hatte, daß man kommunistische Initiativen von vornherein ablehnte. Man applaudiert zwar spontan im Burgtheater beim schon erwähnten „3. November 1918“ zu den Worten des Obersten Radosin: „... wenn dieses Österreich aufhört zu sein, kommt in die Welt niemals Friede“¹²), doch außer dieser Beschwörung von Ressentiments geschieht nichts, um den zweifellos vorhandenen Friedenswunsch des österreichischen Volkes in rationale Ideen umzusetzen, wie ein österreichischer Beitrag zu einem System der kollektiven Sicherheit aussehen könnte. Man vergaß, daß die Machtlosigkeit nicht die einzige Konsequenz von 1918 ist und hat sich nie den Kopf zerbrochen, welche Möglichkeiten es außer Machtpolitik noch gibt. Es sollen dadurch die Verdienste der offiziellen Außenpolitik nicht geschmälert werden, die ein akzeptables Verhältnis zu den Nachbarstaaten ermöglichte. Das ist größeren Ländern, wie zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, nicht gelungen.

Aber die Erreichung dieses Zieles dürfte nicht davon ablenken, Ideen zu entwickeln, wie Europa aussehen könnte, und diese zu lancieren, genauso, wie es der kleine Staat Polen mit seinem Rapacki-Plan getan hat.

Aber auch die Grundlage der offiziellen Außenpolitik, die immerwährende

Neutralität, wurde noch keiner Analyse hinsichtlich ihrer Möglichkeiten unterzogen. Die große Ratlosigkeit, die 1967 während der Nahostkrise und die Divergenz der Meinungen, die im August 1968 anlässlich der Okkupation der ČSSR herrschte, mag symptomatisch dafür sein. Wurde noch 1956 die Niederschlagung der ungarischen Revolution durch die Russen von der österreichischen Bundesregierung verurteilt, erhoben 1968 kein Kanzler und kein Minister ihre Stimme, da man sich auf die durchaus angreifbare Formulierung zurückgezogen hatte: Die Neutralität bindet die Regierung, nicht aber die einzelnen Staatsbürger. Man fragt sich nur, wie die neutrale Regierung eines nichtneutralen Volkes agieren wollte? Neutralität — ausschließlich als Verbotskatalog verstanden — würde eine einseitige Beschränkung der Handlungsfreiheit bedeuten und verhindern, daß Österreich gerade als neutraler Staat auf Grund seiner Neutralität sich engagieren könnte; zum Beispiel im zitierten Fall als unbeteiligtes Land zu erklären, daß das österreichische Volk einmütig die militärische Erpressung eines kleinen Staates ablehnt. Die Regierung wird ja nicht durch eigene Neutralität gebunden, sondern auch durch den Willen der Mehrheit des Volkes, das letzten Endes Garant für die Neutralität des Staates ist. Ein neutraler Staat ist ein Unding, wenn nicht das Volk neutral ist.

Außerdem, ist Neutralität die einzige Maxime der Außenpolitik? Hätte im Sommer 1967 nicht auch die Solidarität mit einem demokratischen Staat bedacht werden sollen, der von den ihn umgebenden Diktaturen überfallen wird? Die österreichische Regierung hat aber nicht den politischen Mut der Mexikaner aufgebracht, die im Jahre 1938 als einzige gegen den Anschluß Österreichs protestiert haben, geschweige denn die Courage der Regierung Raab im Jahre 1956. Unsere Neutralität sollte nicht nur eine immerwährende, sondern auch eine couragierte sein.

Ist politische Neutralität die Folge der Neutralitätspolitik? Wer als Neutraler seine legitimen politischen Ziele verfolgt, wird den Bestrebungen anderer Staaten zuwiderhandeln. Muß man deswegen auf eine außenpolitische Aktion verzichten, weil sie möglicherweise einen neutralen Staat auch an einer Konfliktsituation beteiligt?

Fragen über Fragen, die in Krisenzeiten plötzlich akut werden, da sie in einer breiteren Öffentlichkeit nicht diskutiert worden sind. Vor 13 Jahren wurde unsere Neutralität als „rein militärische“ bezeichnet, um sie von der ideellen abzugrenzen. Heute ist das Problem kompliziert, da eine solche restriktive Auslegung, die einen einzigen Aspekt der Neutralität heraushebt, nicht mehr möglich ist. Die „Neutralität nach Schweizer Muster“, von der noch im Moskauer Memorandum die Rede war, ist schon vergessen. Die innenpolitische Diskussion ist ausgeblieben: Die „Freiheitlichen“ können unwidersprochen von der Neutralität als Ergebnis russischer Pressuren sprechen, Schulmeister alle einschlägigen Überlegungen als „Neutralitätsmystik“ verunglimpfen³⁾, da sich wirklich noch keine Konturen einer einheitlichen Minimaldefinition der Neutralität abzeichnen.

Manche Kreise neigen dazu, dem Westen gegenüber unsere Neutralität als militärische, dem Osten gegenüber als politische zu deklarieren. Sie warnen vor politischer Abhängigkeit, wenn vom Osthandel die Rede ist; dann ist das Beispiel Finnland schnell zur Hand. Niemand hat bis vor kurzer Zeit etwas dabei gefunden, daß wir zum großen Teil in eine wirtschaftliche und dadurch auch wirtschaftspolitische Abhängigkeit von der Bundesrepublik Deutschland gekommen sind. Nur die jüngste Rezession hat auf die Folgen einer solchen einseitigen Orientierung aufmerksam gemacht.

Das Problem des Souveränitätsverzichts als Folge wirtschaftspolitischer Abhängigkeit macht auch die Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft problematisch. Aber abgesehen von diesen Erwägungen, bleibt noch immer die Frage offen, ob diese kleineuropäische Lösung den Interessen einer etwaigen österreichischen Europapolitik entspricht. In unserem Land war die Europa-begeisterung nie sehr groß. Nach anfänglichem Enthusiasmus hatte man doch bald durchschaut, daß hinter der „europäischen Idee“ nur eine vage, allgemein humanitäre Aussage steht, die mit historischen Reminiszenzen verbrämt wurde. Außerdem kam bald der Verdacht auf, daß, wer „Europa“ sagte, ein Surrogat des „christlichen Abendlandes“ meinte oder einen neuen „Traum vom Reich“ träumte, sei es christlicher oder sozialistischer Art. Die Vereinigten Staaten von Europa, die oft als Zielvorstellung genannt wurden, waren doch zu sehr Analogon zu den USA, einem Wunschdenken entstammend, die Zauberformel für die Lösung der europäischen Probleme für alle Zeit gefunden zu haben. Dem Begriff haftet zu viel Romantisch-Utopisches an; es dürfte symptomatisch sein, daß er sich ausgerechnet im Parteiprogramm der SPÖ von 1958 erhalten hat¹³). Ein ähnliches Phänomen zeigt sich auf der äußersten Rechten des politischen Spektrums. Die Flucht in ein imaginäres Europa treten alle jene an, die mit dem Österreich nach 1918 nichts anzufangen wissen: die Monarchisten, die sich jetzt Aktion Österreich-Europa nennen, die sogenannten Freiheitlichen, die nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen in die EWG wollen¹⁴), weil das für sie die Erlösung aus jener „nationalen“ Schizophrenie wäre, in die sie die Eigenstaatlichkeit Österreichs gebracht hat, und jene zitierten Konservativen, deren einseitige Österreichvorstellung keine andere Konsequenz zuläßt.

In Österreich hat man sich nie für das „Vaterland Europa“ entschieden. Die Möglichkeit einer solchen Konzeption wurde eher skeptisch beurteilt. Da Robert Musils Beschreibung Kakaniens in keinem Aufsatz über Österreich fehlen darf, ist es wohl auch gestattet, den „Mann ohne Eigenschaften“ als Beleg für diesen Skeptizismus auszuführen: „Wie mit einem Blick durch ein rasch geöffnetes Fenster fühlte er, was ihn wirklich umgab: Die Kanonen, die Geschäfte Europas. Die Vorstellung, daß sich Menschen, die in dieser Weise lebten, je zu einer überlegten Navigation ihres geistigen Schicksals zusammentun könnten, war einfach nicht zu bilden, und Ulrich mußte einsehen, daß sich auch die geschichtliche Entwicklung niemals in einer solchen planenden Verbindung der Ideen voll-

zogen habe, wie sie im Geist des einzelnen Menschen zur Not möglich ist . . .“¹⁵⁾ Die Österreicher akzeptierten auch das „Europa der Vaterländer“ nicht als Alternative. Man verabsäumte es jedoch nie, darauf hinzuweisen, daß die k. u. k. Monarchie viel mehr Völker und Nationen vereinte als je zuvor ein anderes politisches Gebilde. Man ließ sozusagen durchblicken, daß wir die besseren Europäer von alters her seien: So blieben wir auch in der Frage Europa noch von unserer Vergangenheit fasziniert, ohne jedoch eigene Europa-Vorstellungen zu entwickeln. Deswegen herrscht jetzt Ratlosigkeit über die politischen Auswirkungen einer EWG-Assoziierung, die immer bagatellisiert wurden, da man die Bezeichnung „Wirtschaftsgemeinschaft“ ernst nahm und die sich dahinter verbergende politische Gemeinsamkeit übersehen wollte, auf die Walter Hallstein, der Präsident der Europa-Kommission, in allen Konsequenzen klar und deutlich hingewiesen hatte¹⁶⁾. Ist die Tendenz richtig, das Entstehen eines vierten Machtblockes unter französisch-westdeutscher Hegemonie zu fördern? Österreichs Gaullisten vermeinen, es nicht ertragen zu können, daß ihr Schicksal zwischen Washington und Moskau entschieden wird; sie konnten aber auch nicht erklären, warum es soviel besser ist, wenn diese Entscheidung in Paris fällt. Birgt die klein-europäische Lösung nicht die Zementierung des Status quo inklusive der Teilung Deutschlands, wenn die Machtkonzentration in Westeuropa immer größer wird, sodaß man eher gegenläufige Bestrebungen unterstützen sollte?

„Vielleicht wird Österreich gar auf eine große umfassende europäische Lösung warten müssen. Eine Lösung, in der die EWG ihren Platz einnehmen wird, in der dann aber auch flexible Formen gefunden werden, die es den neutralen Ländern — und vielleicht auch einmal osteuropäischen Ländern — erlauben sollten, an der organisierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilzunehmen.“¹⁷⁾

Man sah in Österreich noch rechtzeitig die Komplikationen, die sich aus einer Assoziierung oder auch nur aus einem Vertrag besonderer Art ergeben könnten; aber die Alternativen blieben aus, da Pläne für andere Möglichkeiten gar nicht bedacht worden waren.

Voraussetzung für die Funktion, die wir 50 Jahre nach unserer „endgültigen“ Staatswerdung in Europa erfüllen könnten, ist die Reflexion über alle Möglichkeiten, die sich auf Grund unserer Neutralität ergeben. Notwendig dazu ist die Freude am Experiment und dem Lancieren von Ideen, keine machtpolitische, sondern eine geistige Expansion, die ohne finanzielle Förderung und Subventionen durchzuführen ist. Es gilt nicht mehr, das „Abendland“ zu verteidigen, das heute nur mehr als „freie Marktwirtschaft“ verstanden wird, sondern unter anderen geschichtlichen Umständen, Initiativen für die Sicherung des Friedens in Europa zu ergreifen. Dies wird nur gelingen, wenn wir den falschen Propheten abschwören, die sich mit Österreich als einem gut funktionierenden System von Autobahnen und Postleitzahlen begnügen; denn nicht das Jahr 1918 ist Österreichs Unglück, sondern es sind jene meinungsbildenden Zeitgenossen, die noch immer davon fasziniert sind.

- 1) Fernsehdiskussion im November 1967.
- 2) Friedrich Heer, Das ist Österreich. In: Sonderausgabe der Zeitschrift Austria International „Das ist Österreich“, 1955.
- 3) Otto Schulmeister, Die Zukunft Österreichs, Wien 1967.
- 4) Erika Weinzierl, Der Österreicher und sein Staat, „Furche“, Nr. 42, 1967.
- 5) Vgl. dazu: Gordon Shepherd, Die österreichische Odyssee, Wien 1958.
- 6) Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Hrsg. von Josef Geßl, Wien 1926.
- 7) J. Nadler und H. v. Srbik, Österreich — Erbe und Sendung im deutschen Raum, Salzburg-Leipzig 1936.
- 8) N. N., „Solidarität“, Illustrierte des ÖGB, Februar 1968, Seite 22.
- 9) Günther Nennung, Anschluß an die Zukunft, Wien 1963.
- 10) Stephan Verosta, Neutralität: gestern — morgen, „Furche“, Nr. 43, 1966.
- 11) Pastoralrundschriften der österreichischen Bischöfe, 1966, Seite 4.
- 12) Franz Th. Csokor, 3. November 1918. In: Europäische Trilogie, Wien 1952, Seite 47.
- 13) „Neues Parteiprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs. Zit. nach: K. Berchtold, Österreichische Parteiprogramme 1868—1966, Wien 1967, Seite 290.
- 14) „Salzburger Bekenntnis“ der FPÖ. Zit. nach: K. Berchtold, s. o., Seite 512.
- 15) Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften, Hamburg 1952, Seite 826.
- 16) Walter Hallstein, Was soll aus Europa werden?, „Die Zeit“, Nr. 11, 1967.
- 17) Manfred Scheich, Ein Anwalt großer Lösungen, „Freiheit“, Nr. 42, 1967.